

Loose, Brigitte

Article

IWH-Bauumfrage im Dezember 2005: Ostdeutsches Baugewerbe im Dezember 2005: Aufhellung hält bis zum Jahresende an

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Loose, Brigitte (2006) : IWH-Bauumfrage im Dezember 2005: Ostdeutsches Baugewerbe im Dezember 2005: Aufhellung hält bis zum Jahresende an, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 12, Iss. 1, pp. 33-34

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143444>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ostdeutsche Wirtschaft: Aufholen mit Trippelschritten

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist in den neuen Bundesländern 2004 das dritte Jahr in Folge gestiegen. Die Zuwächse blieben zwar in einem schwachen wirtschaftlichen Umfeld gering, lagen aber prozentual in den Jahren 2002 sowie 2003 ein wenig über denen in den alten Bundesländern und 2004 fast gleichauf. Dabei griff die exportgetriebene Erholung in der ersten Jahreshälfte schwächer auf die Gesamtwirtschaft über, als das im Westen der Fall war. Denn trotz zunehmender Ausrichtung auf Auslandsmärkte hat die ostdeutsche Wirtschaft ihre Binnenorientierung nicht abgestreift. Das am stärksten vom Außenhandel abhängige Verarbeitende Gewerbe trug im vergangenen Jahr mit 18% zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung bei, und damit deutlich weniger als im Westen, und seine Exportquote lag erst bei 25%.¹ Allerdings expandierte die industrielle Wertschöpfung mit 8,8% doppelt so stark. Hier kamen die engen Vorleistungsverflechtungen vieler – vor allem großer – Hersteller im Osten mit den Endproduzenten im Westen zum Tragen. Umgekehrt waren dann auch die Auswirkungen im Osten geringer, als die Exportflaute einsetzte. Die schwache Inlandsnachfrage setzte keine neuen Impulse, und die gesamtwirtschaftliche Aktivität entwickelte sich verhalten. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts verlief somit asynchron zur Entwicklung im von den konjunkturellen Schwankungen stärker abhängigen Westen. Dieser asynchrone Produktionsverlauf hielt bis in die ersten Monate des Jahres 2005 an. Im Westen wuchs das Bruttoinlandsprodukt mit 1% deutlich gegenüber dem schwachen Schlussquartal, während es im Osten so gut wie stagnierte.

Motor des Produktionszuwachses war 2004 einmal mehr das Verarbeitende Gewerbe. Sein Wachstumsbeitrag erhöhte sich auf 1,4 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 1). Auch Handel und Verkehr sowie Unternehmensdienstleister hatten Anteil am Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts. Im Unternehmenssektor ist lediglich die Wertschöpfung im Baugewerbe gesunken, wenn auch aufgrund von Son-

dereffekten weniger als in den beiden Jahren zuvor. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts wurde dadurch um 0,3 Prozentpunkte belastet. Der Beschäftigungsabbau im Staatssektor sorgte ein weiteres Mal für einen Rückgang des öffentlichen Leistungsbeitrags zur gesamtwirtschaftlichen Produktion.

Auf der Angebotsseite setzte sich die Tendenz zur Verbesserung der Kostenposition des Unternehmenssektors fort, wenn auch schwach. Im Bereich der Herstellung handelbarer Güter wurde der Lohnkostenvorteil weiter ausgebaut, im Bereich Handel und Verkehr sowie im nichtstaatlichen Dienstleistungssektor gab es dagegen beim Abbau des Lohnkostennachteils keine Fortschritte.

Tabelle 1:
Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (ohne Berlin) zur Wertschöpfung
- in Prozentpunkten des Zuwachses der realen Größe -

	2002	2003	2004
Bruttowertschöpfung insgesamt ^a	0,9	0,4	1,8
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	0,6	0,9	1,4
Baugewerbe	-1,0	-0,5	-0,3
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	1,1	0,3	0,3
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	0,1	0,1	0,3
Öffentliche und private Dienstleister	0,0	-0,4	-0,3
Bruttowertschöpfung der Unternehmen ^b	0,9	0,8	2,1
Unternehmen ^b ohne Baugewerbe	1,9	1,3	2,3
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,2	1,5

^a Die Wachstumsraten der unbereinigten Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts divergieren aufgrund der Zurechnung der zweigübergreifenden Wertkomponenten des Bruttoinlandsprodukts, d. h. der unterstellten Bankdienstleistungen, der Gütersteuern und Gütersubventionen. – ^b Ohne private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen des IWH.

Die Expansion der Produktion war nicht kräftig genug, um Wirkung am Arbeitsmarkt zu erzielen. Vor allem infolge des Arbeitsplatzabbaus im Baugewerbe und im Staatssektor sank die Beschäftigung insgesamt, wenn auch geringfügig. Im Zuge der Lockerungen im Niedriglohnbereich wurden in Handel und Verkehr sowie bei Unterneh-

¹ In den alten Bundesländern erwirtschaftete 2004 das Verarbeitende Gewerbe 23% der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung, und der Anteil seines Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) lag bei 41%.

mensdienstleister Neueinstellungen vorgenommen, sodass im Unternehmenssektor insgesamt die Beschäftigung nicht zurückging.

Entwicklung der Nachfrage

Privater Konsum erneut gesunken

Die ostdeutschen privaten Haushalte gaben 2004 das dritte Jahre in Folge real weniger als im Jahr zuvor für den Konsum aus. Ausschlaggebend dafür waren die sinkende Einwohnerzahl, der anhaltende Beschäftigungsabbau und der gestiegene Kaufkraftentzug durch die Preissteigerungen. Die ostdeutschen Verbraucher hielten sich insbesondere bei der Anschaffung von langlebigen Konsumgütern zurück.

Einkommenszuwächse aus Erwerbstätigkeit erzielten die privaten Haushalte lediglich infolge der Entlastungen bei der Einkommensteuer zu Beginn des Jahres und des geringfügig verringerten Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung. Die Bruttoverdienste waren dagegen trotz der Tarifabschlüsse von gut 2% rückläufig, da die Kürzung außertariflicher Lohnbestandteile anhielt und die Tarifbindung² weiter nachließ. Vor allem aber hat sich die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger verringert.

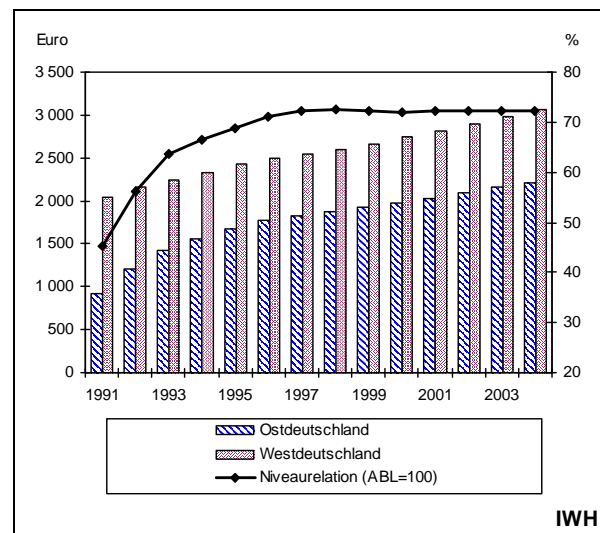
Ein Vergleich des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes eines vollbeschäftigten Arbeitnehmers im Unternehmenssektor im Jahr 2004 zwischen den neuen und alten Bundesländern zeigt, dass die Lohnanpassung seit Mitte der 1990er Jahre bei rund 72% stagniert.

Nach wie vor sind die monetären Sozialleistungen mit knapp 40% die zweitwichtigste Einkommensquelle der privaten Haushalte in Ostdeutschland. Hiervon sind die Rentenzahlungen mit knapp 60% der größte Posten. Je Einwohner gerechnet liegen die bezogenen Transfereinkommen weiterhin bei 120% des westdeutschen Durchschnitts. Im Jahr 2004 erhöhten sich die monetä-

ren Transferzahlungen an die ostdeutschen privaten Haushalte vor allem infolge der gestiegenen Arbeitslosigkeit etwas, während die Rentenanhebung zur Jahresmitte ausblieb.

Abbildung 1:

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollbeschäftigten Arbeitnehmer^a in Ost- und Westdeutschland^b



^a Produzierendes Gewerbe, Handels-, Kredit- und Versicherungsunternehmen. – ^b Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost und Westdeutschland einschließlich Berlin-West.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen expandierten geringfügig. Alles in allem nahmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 1% zu.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich 2004 um 1,7%. Treibend wirkten insbesondere die administrierten Preissteigerungen im Zuge der Gesundheitsreform, wie die Praxisgebühr und die Erhöhung der Zuzahlungen bei Medikamenten, der ersten und zweiten Stufe der Anhebung der Tabaksteuer, aber auch die deutlich gestiegenen Energie- und Benzinpreise. Der damit verbundene Kaufkraftentzug führte zu einem erneuten Rückgang der real verfügbaren Einkommen.

Die Sparneigung der privaten Haushalte, die seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gestiegen war, erhöhte sich im Jahr 2004 nicht weiter, sodass sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte in ähnlichem Tempo wie die verfügbaren Einkommen entwickelten. Zwar gewann die private Altersvorsorge als Hauptsparmotiv weiter an Bedeutung, aber die im Rahmen der Gesundheitsre-

² Laut Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist 2004 die Tarifbindung in Ostdeutschland erneut gesunken. Einen Branchentarifvertrag gab es nur noch für 19% aller Betriebe (2003: 21%), einen Haustarifvertrag für 4% (2003: 5%). Von den Betrieben ohne Tarifbindung orientierten sich auch mit 40% weniger Betriebe am Branchentarifvertrag als davor (2003: 45%). Vgl. Beschäftigungstrends, Arbeitgeberbefragung des IAB. TNS Infratest Sozialforschung GmbH, München 2005.

form gestiegenen Ausgaben der privaten Haushalte für die Gesundheitspflege wirkten wohl einer weiteren Zunahme der Sparquote entgegen. Der Sparbetrag pro Einwohner hat sich im Osten gegenüber 1991 mehr als verdoppelt und beträgt rund zwei Drittel des Niveaus im Westen.

Tabelle 2:
Verfügbares Einkommen, private Konsumausgaben und Ersparnis in Ostdeutschland^a

	2002	2003	2004
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Verfügbares Einkommen, nominal	0,5	0,8	1,0
darunter:			
Monetäre Sozialleistungen	3,4	0,6	1,2
Private Konsumausgaben, nominal	0,4	0,6	1,1
real	-0,3	-0,4	-0,5
Ersparnis	1,2	3,1	1,1
Sparquote ^b	8,7	8,9	8,9
Verbraucherpreisindex	1,4	1,0	1,7
<i>Nachrichtlich:</i>			
Tariflöhne je Stunde	3,1	2,8	2,1
Effektivlöhne je Arbeitnehmer	1,8	1,2	0,2
Reale private Konsumausgaben je Einwohner	0,6	0,4	0,1

^a Ohne Berlin. – ^b Ersparnis in % der verfügbaren Einkommen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); 2004: Schätzung des IWH.

Ausfuhren wuchsen kräftig, aber wenig Impulse aus der EU-Osterweiterung

Das kräftige Anziehen der Weltkonjunktur bescherte 2004 auch den neuen Bundesländern einen deutlichen Exportzuwachs. Die Warenausfuhr stieg um 10%. Verkauft wurden im Ausland vor allem Vorleistungs- und Investitionsgüter aus dem Bereich der Metall- und Elektroindustrie und chemische Erzeugnisse. Die größten prozentualen Zuwächse erzielten Holzwaren (ohne Möbel), Metalle und Metallerzeugnisse, Papier, Maschinen und Elektrotechnik. Der Absatz von Fahrzeugen stagnierte dagegen, bei Kraftfahrzeugen gab es ein kleines Plus, bei Schiffen und Schienenfahrzeugen ein deutliches Minus.

Mit Abstand der größte Absatzmarkt waren einmal mehr die alten EU-Länder, die fast die Hälfte

der Warenexporte aus den neuen Bundesländern absorbierten. Obwohl dort die Konjunktur flau war, stiegen die Lieferungen mit 14,5% überdurchschnittlich. Hier schlugen wohl die Kostenvorteile der ostdeutschen Hersteller im Wettbewerb zu Buche.

Tabelle 3:
Warenexport der neuen Bundesländer in das Ausland im Jahr 2004
- in jeweiligen Preisen -

	Mio. Euro	Anteil in %	Zuwachs gg. Vj. in %
Ausfuhr insgesamt	37 642	100,0	10,2
darunter:			
Kraftwagen und Teile	7 861	20,9	0,6
Chemische Erzeugnisse	4 660	12,4	3,3
Maschinen	3 708	9,8	9,8
Rundfunk- und Nachrichtentechnik	2 856	7,6	4,9
Metalle	2 305	6,1	19,0
Nahrungsgüter	2 144	5,7	3,0

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

Die neuen EU-Mitgliedsländer nahmen 13% der Warenexporte auf. Der Zuwachs blieb jedoch mit 6% unterdurchschnittlich. Kräftige Impulse kamen lediglich aus Polen, dem Hauptabsatzmarkt der neuen Bundesländer in Mittelosteuropa (vgl. Tabelle A3). Der Vollzug der EU-Osterweiterung hat 2004 insgesamt kaum Spuren im Export der neuen Bundesländer hinterlassen. Sie partizipierten damit wenig an der kräftigen wirtschaftlichen Entwicklung in dieser Region.³ Auch der Anstieg der Wareneinfuhren aus den neuen EU-Ländern ist nach dem Fall der letzten Handelsschranken mit 3% deutlich unter dem Durchschnitt von 12% geblieben. Allerdings ist die Bedeutung der neuen EU-Länder für die Versorgung Ostdeutschlands mit Gütern größer als für den Absatz. Die neuen Bundesländer haben 2004 fast 40% ihrer Einkäufe im Ausland aus den Beitrittsländern und Russland bezogen.

³ Vgl. GABRISCH, H.; KÄMPFE, M.: Erste Beitritts effekte in den neuen Mitgliedsländern vorwiegend im monetären Bereich – Probleme für Polen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2005, S. 99 ff.

Außerhalb der europäischen Union sind die USA der wichtigste Absatzmarkt, die Ausfuhren dorthin sind jedoch im Zusammenhang mit der Aufwertung des Euro 2004 stark gesunken. Im Unterschied dazu expandierten die Lieferungen nach China und Russland kräftig, deren Märkte zusammengenommen soviel Waren aus den neuen Bundesländern aufnahmen wie Polen.

Die ostdeutschen Unternehmen haben 2004 trotz schwacher Inlandsnachfrage in Deutschland auch vermehrt Güter in den alten Bundesländern verkauft. Dieser Absatz außerhalb der Region wird jedoch von keiner amtlichen Statistik erfasst. Näher wird darauf unten bei der Marktanalyse des Produzierenden Gewerbes eingegangen.

Investitionsrückgang abgeschwächt

Die Bruttoanlageinvestitionen in Ostdeutschland sind nun bereits das neunte Jahr in Folge gesunken. Der Rückgang blieb aber mit 3,5% etwa so stark wie im Vorjahr und damit deutlich unter den zweistelligen Raten der Jahre zuvor. Nach wie vor sind Sondereffekte ausschlaggebend. So haben sich die von der Flutkatastrophe im Jahr 2002 ausgelösten Aufbauarbeiten in Sachsen und Sachsen-Anhalt bis in das Jahr 2004 hineingezogen. Zudem hielten die vorgezogenen Bauaktivitäten im Zusammenhang mit der Kürzung der Eigenheimzulage an, und die Investitionsnachfrage der Industrie war immer noch durch einzelne Großprojekte gestützt. Nichtsdestotrotz waren die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen im Jahr 2004 abermals rückläufig. Wegen der geringeren Exportorientierung und den in den vergangenen Jahren aufgebauten hohen Produktionskapazitäten war die Notwendigkeit, den Nachfrageimpuls aus dem Ausland durch Investitionen zu bedienen, im Osten noch weniger ausgeprägt als in Deutschland insgesamt.

Zieht man die alten Bundesländer als Referenzraum heran, zeigt sich inzwischen eine erhebliche Investitionslücke. Je Einwohner gerechnet, lagen die Anlageinvestitionen im Jahr 2004 um 11 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Niveau. Bei den Ausrüstungsinvestitionen findet sich diese Tendenz bereits seit 1997, das westdeutsche Pro-Kopf-Niveau wird hier derzeit um reichlich 20% verfehlt. Der Rückgang bei den Bauten hält zwar auch bereits neun Jahre an, wegen der ver-

Tabelle 4:
Anlageinvestitionen in Ostdeutschland^a

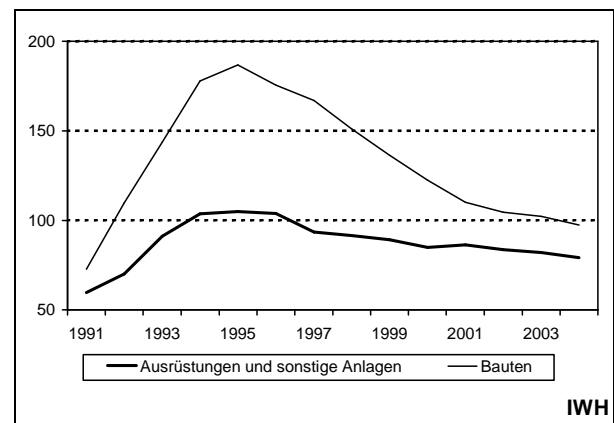
	2002	2003	2004	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % ^b			Niveau pro Einwohner ^c ABL = 100
Anlageinvestitionen	-10,8	-3,6	-3,5	89
davon:				
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-9,8	-3,2	-2,5	79
Neue Bauten	-10,8	-6,0	-6,1	97
davon:				
Wohnbauten	-12,5	-5,6	-7,2	67
Nichtwohnbauten	-9,5	-6,3	-5,3	149

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – ^b In Preisen von 1995. – ^c In jeweiligen Preisen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Abbildung 2:
Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im Ost-West-Vergleich^a

- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

gleichsweise hohen Pro-Kopf-Investitionen im gewerblichen und öffentlichen Bereich wird der westdeutsche Stand bisher aber nur knapp unterschritten. Dagegen sind die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2004 in der Pro-Kopf-Rechnung mit 33% weit hinter den Stand in den alten Ländern zurückgefallen. Fördermaßnahmen hatten hier in den neunziger Jahren eine übermäßige Ausweitung des Wohnungsbestandes ausgelöst, was – noch durch demografische Effekte verstärkt – zu einer

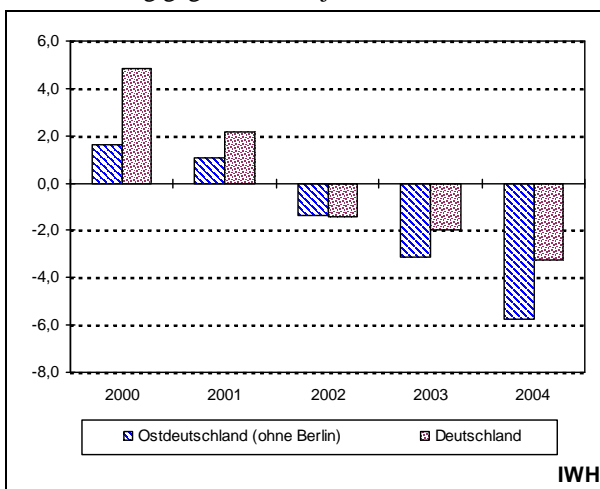
rückläufige Nachfrage nach Wohnbauten in den Folgejahren führte.

Engpass Eigenmittel bei Finanzierung der Investitionen

Trotz der anhaltend expansiv ausgerichteten Geldpolitik sowie historisch niedriger Kapitalmarktzinsen im Euroraum sind die Kredite deutscher Banken an inländische Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen im vergangenen Jahr um weitere 3¼% gesunken. Betroffen waren insbesondere die neuen Bundesländer (ohne Berlin), in denen der Rückgang des Kreditvolumens sogar 5¼% betrug (vgl. Abbildung 3). Die Entwicklung der Kreditbestände verläuft damit in Ostdeutschland schon das sechste Jahr in Folge schwächer als in der gesamten Republik. Aus dieser Entwicklung kann zwar noch nicht auf eine verminderte Kreditvergabebereitschaft deutscher Banken geschlossen werden, sie nährt aber die Befürchtung, die Erholung der Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern werde von Seiten der Finanzierungsmöglichkeiten besonders belastet.

Allerdings wird die Bedeutung von Bankkrediten für die Finanzierung von Investitionen in den neuen Ländern häufig überschätzt. Laut IAB-Betriebspanel finanzierten die ostdeutschen Betriebe im Jahr 2003 ihre Investitionen im Durchschnitt zu 22% aus Krediten und Darlehen und zu 50% aus Eigenmitteln, während 28% der Investitionen

Abbildung 3:
Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

mit Fördermitteln finanziert wurden. Damit spielen sowohl Kredite und Darlehen als auch Eigenmittel in Ostdeutschland eine deutlich geringere Rolle als in Westdeutschland (28% Kredite und Darlehen, 64% Eigenmittel). Der unterschiedlich hohe Stellenwert der Finanzierung über Eigenmittel wird auch dadurch belegt, dass in Westdeutschland ca. 82% der Betriebe mindestens 50 Prozent ihrer Investitionen aus Eigenmitteln bestreiten, während es in Ostdeutschland lediglich 75% der Betriebe sind.

Insgesamt sind Kredite und Darlehen zwar nicht unbedeutend für die Investitionsfinanzierung. Fördermittel haben in Ostdeutschland aber im Durchschnitt einen größeren Stellenwert. Dieser hohe Anteil an Fördermitteln ist Indiz dafür, dass Unternehmen in Ostdeutschland noch keine hinreichend gefestigte Stellung an den Kapitalmärkten einnehmen konnten. Zugleich sind diese Finanzierungsquellen auch weniger konjunkturabhängig, dienen sie doch vor allem langfristigen Zielen, wie dem Aufbau einer wettbewerbsfähigen wirtschaftlichen Basis in Ostdeutschland.

Tabelle 5:
Anteile alternativer Finanzierungsformen an der Investitionsfinanzierung 2003
- in % -

	Neue Länder	Alte Länder
Eigenmittel	49,8	63,7
Darlehen und Kredite	22,3	28,0
Fördermittel	27,9	8,3

Quellen: IAB-Betriebspanel 2004; Berechnungen des IWH.

Ob die Kreditvergabe durch Banken künftig ein Investitionshemmnis darstellt, hängt zum einen von den Ursachen der schleppenden Kreditentwicklung der vergangenen Jahre ab – denn nur so kann auch eine Prognose der Kreditausweitung fundiert getroffen werden. Zum anderen ist zu berücksichtigen, inwieweit die Unternehmen in den neuen Bundesländern auf alternative Finanzierungsformen ausweichen können, sollte sich die schwache Kreditexpansion fortsetzen.

Eine wesentliche Ursache für den Rückgang der Bankkredite dürfte – wie auch in den alten Bundesländern – darin liegen, dass die Unternehmen Kredite tilgen, um ihre Verschuldung zurückzuführen. Zudem veranlasst die besonders hohe

Zahl an Insolvenzen die Banken, bestehende Kreditforderungen in größerem Umfang aus ihren Büchern zu streichen. Beide Effekte liefern keinen Hinweis auf eine Verknappung des Kreditangebots.

Bezüglich alternativer Finanzierungsformen stellen vor allem die unzureichenden Eigenfinanzierungsspielräume ein potenzielles Hindernis für die Investitionsfinanzierung dar. Wie die Eigenfinanzierungsquote in Ostdeutschland aufzeigt, leidet die eher klein- und mittelständisch geprägte ostdeutsche Wirtschaft unter einem chronischen Mangel an eigenen Finanzierungsmöglichkeiten. Diese werden sich bei einer Stärkung der Ertragslage zwar verbessern, aber nur wenig. Ohne eine substantielle Erweiterung der Eigenfinanzierungsbasis der Unternehmen kann es aber nur zu einer zögerlichen Ausweitung der Finanzierung kommen. Banken schätzen bei ihren Kreditvergabeentscheidungen die einzugehenden Risiken vor allem anhand vergangenheitsorientierter bilanzieller Kennziffern, wie der Eigenfinanzierungsquote, und den verfügbaren Kreditsicherheiten ein. Lediglich solche Banken, die eine enge Kundenbeziehung zu ihren Kreditnehmern unterhalten, ori-

entieren sich bei der Bestimmung des Kreditrisikos weniger an solchen harten Faktoren, sondern können ihre Kenntnis über die tatsächlichen Ertragsaussichten ihrer Kreditkunden nutzen. Insofern sollten eher regional verankerte Kreditinstitute – wie Sparkassen und Kreditgenossenschaften – in der Lage sein, die Finanzierung einer zunehmenden Investitionstätigkeit ihrer kleinen und mittelständischen Kreditkunden zu gewähren, selbst wenn deren interne Finanzierungsspielräume sich nicht stark ausweiten. Dass diese Bankengruppen tatsächlich in der Lage sind, auch in einem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld ihre Kreditvergabe weitgehend aufrechtzuerhalten, haben sie in der Vergangenheit bereits unter Beweis gestellt.

Ausstattung mit Sachkapital und Arbeit

Infolge sinkender Geburtenzahlen und anhaltender Abwanderung schrumpft in Ostdeutschland seit Jahren die Bevölkerung. Gelegentlich wird diese Beobachtung mit der Aussage verknüpft, das Angebot an Arbeitskräften werde zum Engpass. In Wirklichkeit besteht jedoch auf absehbare Zeit ein

Tabelle 6:
Arbeitskräftepotenzial in Ostdeutschland^a

		2000	2001	2002	2003	2004
		<i>in 1 000 Personen</i>				
1	Bevölkerung	13 900	13 788	13 671	13 566	13 477
2	Erwerbsfähige ^b	9 727	9 640	9 548	9 460	9 382
3	Erwerbstätige Inländer (Arbeitsplätze) ^c	6 277	6 249	6 158	6 092	6 090
4	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke)	1 806	1 843	1 915	1 916	1 898
5	Registrierte Arbeitslose	1 244	1 259	1 274	1 317	1 302
6	Sonstige Unterbeschäftigte ^d	282	304	341	294	291
7	Stille Reserve ^e	280	280	300	305	305
8	Erwerbspersonenpotenzial (Arbeitskräftepotenzial) ^f	8 083	8 092	8 073	8 008	7 988
		<i>in %</i>				
9	Erwerbstätigenquote [(2)/(1)*100]	70,0	69,9	69,8	69,7	69,6
10	Erwerbsbeteiligungsquote [(8)/(2)*100]	83,1	83,9	84,5	84,7	85,1
11	Auslastungsgrad [(3)/(8)*100]	77,7	77,2	76,3	76,1	76,2

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^c Einschließlich Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturangepasungsmaßnahmen sowie Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; 1-Euro-Jobs. – ^d Arbeitslose nach §125, 126 SGB III; Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten; Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; Teilnehmer an Deutschlehrgängen; Vorrucheständler; Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^e Schätzungen auf der Grundlage von Angaben des IAB zur Stillen Reserve i. e. S. – ^f Summe aus Erwerbstätigen und Unterbeschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: März 2005); Bundesagentur für Arbeit; Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2003 und 2004, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/2003, S. 7-42; Berechnungen des IWH.

Angebotsüberschuss an Arbeitskräften, der auf eine Arbeitsplatzlücke von etwa zwei Millionen hinweist. Wenn es auch in einigen Berufen oder Qualifikationen Fachkräftemangel gibt, so ist die Ausstattung des ostdeutschen Wirtschaftsraums mit Arbeitsressourcen insgesamt immer noch groß genug, um selbst einen kräftigen Nachfrageimpuls aus der Wirtschaft zu absorbieren. Das Arbeitskräftepotenzial wird zahlenmäßig nur zu drei Vierteln ausgeschöpft. Von den 8,1 Mio. arbeitsfähigen Erwerbspersonen im Osten hatten 2004 nur 6,1 Mio. einen Arbeitsplatz am ersten oder zweiten Arbeitsmarkt in Deutschland. Rund zwei Millionen waren als Arbeitslose registriert oder in anderer Form unterbeschäftigt (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 7:
Anlagevermögen je Einwohner im Ost-West-Vergleich^{a,b}

- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -

	Anlagevermögen insgesamt	darunter: Ausrüstungen und sonstige Anlagen
1995	49	45
2000	65	70
2003	71	80

^a Neue Länder ohne Berlin, alte Länder mit Berlin. – ^b Jahresanfangsbestand des Bruttoanlagevermögens.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Den eigentlichen Engpass bildet nach wie vor die Ausstattung des ostdeutschen Wirtschaftsraums mit Sachkapital (Anlagevermögen). Trotz rückläufiger Investitionstätigkeit hat sie sich allerdings insgesamt erhöht. Dies gilt vor allem für den Dienstleistungsbereich. Dagegen stagnierte sie im Bereich des produzierenden Gewerbes. Potenzialsteigernd ist allerdings die Tatsache zu werten, dass die Ausstattung mit Ausrüstungen und sonstigen Anlagen, den aktiven Elementen im Produktionsprozess, in allen Wirtschaftsbereichen gestiegen ist. Auch hat sich der Sachkapitalbestand pro Einwohner in den letzten Jahren im Verhältnis zu Westdeutschland weiterhin deutlich erhöht. Der Rückstand bleibt aber groß. Je Einwohner gerechnet, erreicht Ostdeutschland gegenwärtig 71% des Westniveaus. Bei Ausrüstungen und sonstigen Anlagen beträgt der Abstand 20%.

Tabelle 8:
Anlagevermögen in Ostdeutschland^a

	2001	2002	2003	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % ^b			Niveau ^c ABL = 100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei				
Bruttoanlagevermögen	1,5	1,0	0,7	20,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	7,2	5,4	5,0	19,3
Kapitalproduktivität ^d	2,6	-5,0	-4,3	60,9
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-2,8	-8,9	-8,2	65,1
Kapitalintensität je Arbeitsplatz ^e	6,7	4,0	3,1	78,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	12,7	8,5	7,5	73,5
Produzierendes Gewerbe				
Bruttoanlagevermögen	1,5	1,4	-0,3	18,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	4,3	4,0	1,3	15,8
Kapitalproduktivität ^d	-6,3	-2,2	2,3	63,9
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-8,9	-4,6	0,6	72,9
Kapitalintensität je Arbeitsplatz ^e	6,9	7,0	2,7	105,2
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	10,0	9,7	4,7	92,2
Dienstleistungsbereiche				
Bruttoanlagevermögen	5,7	4,5	2,8	13,2
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	10,0	7,4	4,7	15,6
Kapitalproduktivität ^d	-3,4	-2,7	-2,7	97,2
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,2	-5,3	-4,5	82,5
Kapitalintensität je Arbeitsplatz ^e	5,1	4,6	3,2	77,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,3	7,4	5,1	90,7
Insgesamt				
Bruttoanlagevermögen	4,8	3,8	2,2	14,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	7,3	5,8	3,3	15,8
Kapitalproduktivität ^d	-4,8	-3,1	-2,0	90,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,1	-4,9	-3,0	79,5
Kapitalintensität je Arbeitsplatz ^e	6,1	5,5	3,4	80,3
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	8,8	7,6	4,5	90,8

^a Neue Länder ohne Berlin, alte Länder mit Berlin. – ^b In Preisen von 1995. – ^c In Wiederbeschaffungspreisen. – ^d Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung der Bereiche bezogen auf den Jahresanfangswert des Bruttoanlagevermögens. – ^e Kapitalstock je Erwerbstätigen (Jahresanfangsbestand).

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); Berechnungen des IWH.

Auch die Kapitalintensität der Arbeitsplätze ist weiter gestiegen. Allerdings hat sich die Kapitalproduktivität nur im Produzierenden Gewerbe erhöht. Für deren Rückgang insgesamt dürfte die Tatsache entscheidend sein, dass die erweiterten Produktionsmöglichkeiten von Seiten der Sachanlagen in den zurückliegenden Jahren nicht hinreichend ausgeschöpft worden sind, die Auslastung im Immobilienbereich beispielsweise nicht Schritt mit der Kapazitätserweiterung gehalten hat und möglicherweise eine Reihe von Investitionen getätigt wurden, die den Markttest noch nicht bestanden haben. Insgesamt bleibt die Kapitalintensität trotz der gesunkenen Beschäftigtenzahl weiterhin deutlich hinter dem Ausstattungsniveau der alten Länder zurück.

Entwicklung der Produktion nach Hauptbereichen

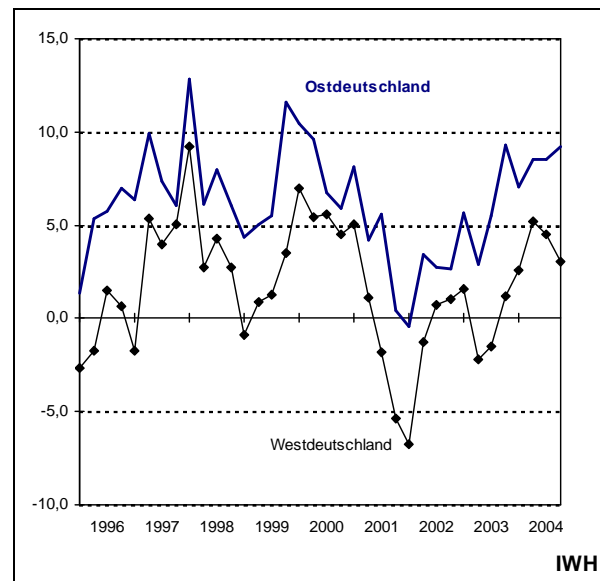
Verarbeitendes Gewerbe im Sog der konjunkturellen Erholung

Seit Mitte der neunziger Jahre folgt die ostdeutsche Industrieproduktion weitgehend dem Schwankungsmuster der Konjunktur in den alten Bundesländern. Gemessen an den Zuwachsraten lag ihr Wachstumspfad allerdings deutlich über dem im früheren Bundesgebiet. In den Zuwachsraten wirken sich zwar auch die unterschiedlichen Größenverhältnisse zwischen der industriellen Produktion in Ost- und Westdeutschland als statistischer Basiseffekt aus, denn im Osten beträgt der jährliche Umsatz etwa ein Zehntel dessen im Westen. Hinter den dynamischen Zuwachsraten verbirgt sich jedoch auch eine Verkürzung des Rückstandes in der Produktion pro Kopf.

Im vergangenen Jahr erzielten unter den sieben umsatzstärksten Industriezweigen sechs Branchen Zuwächse zwischen 8% und 18%. Die Spitzengruppe bildeten die Metallindustrie und die Chemische Industrie. Dagegen fiel der Umsatzführer, das Ernährungsgewerbe, mit einem Zuwachs von 4,7% ab. Unter den dynamischsten Zweigen befanden sich mit dem Kraftfahrzeugbau, der Chemischen Industrie und dem Maschinenbau auch die umsatzstärksten Exporteure. Sie wurden dicht gefolgt von der Rundfunk- und Nachrichtentechnik sowie dem Sonstigen Fahrzeugbau (Schiffbau, Schienenfahrzeugbau, Luft- und Raumfahrzeug-

bau), die zur Gruppe der exportintensiven Industriezweige gehören. Insgesamt bestimmten die Produzenten von Vorleistungsgütern und von Investitionsgütern die hohe Umsatzdynamik im Verarbeitenden Gewerbe. Hersteller von Gebrauchs- oder Verbrauchsgütern blieben dagegen weit zurück.

Abbildung 4:
Entwicklung der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands^a
- Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in % -



^a Angaben für Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten für Ostdeutschland mit Berlin-Ost und Westdeutschland mit Berlin-West.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Bei deutschlandweit mehr oder weniger gleichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterstreicht der kräftige Produktionszuwachs des Verarbeitenden Gewerbes im Osten sowohl die Fähigkeit des modernisierten Industriesektors, konjunkturelle Impulse aufzunehmen, als auch im Wettbewerb mit anderen Anbietern zu bestehen. So hat sich dank erneut gesunkener Lohnstückkosten gegenüber der Konkurrenz aus dem früheren Bundesgebiet die Kosten- und Gewinnsituation weiter verbessert.⁴ Die kräftig erhöhte Wertschöpfung resultierte im Wesentlichen aus einer Produktivitätssteigerung der gegenüber dem Vor-

⁴ Vgl. auch BRAUTZSCH, H.-U.; LUDWIG, U.: Gewinne der Industrieunternehmen in Ostdeutschland noch im Aufholprozess, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2004, S. 63-70. – BRAUTZSCH, H.-U.: Ostdeutsche Industrie zog 2002 bei Rendite mit Westdeutschland gleich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2005, S. 35.

jahr nur wenig gesunkenen Beschäftigtenzahl. Die Zunahme der Arbeitskosten blieb demgegenüber niedrig, sodass die Lohnstückkosten auf 91% des Westniveaus gesunken sind. Der Abstand bei der Produktivität ist zwar weiterhin mit 73% des Westniveaus groß, beim Arbeitnehmerentgelt mit 67% jedoch viel größer. Das verschafft den Unternehmen Spielraum im Wettbewerb um Produktionsaufträge.

Tabelle 9:
Tariforientierung in den Betrieben Ostdeutschlands im Jahr 2004

- Anteil der Betriebe in % -

	Branchen- tarif- vertrag	Haus- tarif- vertrag	Vergleich- bare tarifl. Entlohnung	Ohne Ori- entierung
Landwirtschaft	12	4	22	62
Bergbau/Energie/ Wasser	30	10	38	22
Verarb. Gewerbe	18	4	34	44
Ernährungsgew.	29	3	36	32
Verbrauchsgüter	12	7	29	52
Vorleist.-güter	18	3	28	51
Inv.-/Gebr.-güter	16	4	37	43
Baugewerbe	33	3	35	29
Handel/Reparatur	16	5	28	51
Verkehr/Nachr.- übermittlung	10	3	30	57
Kredit-/Versiche- rungsgew.	25	7	26	42
Dienstl. überwie- gend für Untern.	12	2	24	62
Erziehung/ Unterricht	33	11	23	33
Gesundheits-/ Sozialwesen	18	4	51	27
Sonstige Dienstl.	10	4	28	58

Quellen: IAB-Betriebspanel 2004; Berechnungen des IWH.

Ein wesentlicher Grund für den Lohnabstand ist die erneut gesunkene Tarifbindung im Osten. Während die Branchentarifverträge in Ost- und in Westdeutschland bei den Ecklöhnen weitgehend gleiche Vergütungen vorsehen, wird diese Regelung von einer großen Vielzahl vor allem kleiner und mittelgroßer Betriebe unterlaufen. So meldeten im vergangenen Jahr nur 18% aller Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes die Entlohnung der Beschäftigten nach einem Flächentarifvertrag, 44% vergüteten dagegen ohne jegliche Anlehnung an Tarifverträge. Im Ergebnis liegen die tatsächlich

gezahlten Löhne und Gehälter seit Jahren im Durchschnitt unter den tariflich vereinbarten.

Tabelle 10:
Auslands- und Inlandsumsatz des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes^a

	2000	2001	2002	2003	2004
	<i>in Mio. Euro</i>				
Ausland	20 415	23 782	25 895	27 295	30 696
Inland	75 682	78 682	79 059	84 243	89 791
ABL	37 574	41 395	42 296	43 207	-
NBL	38 108	37 287	36 762	41 036	-
Insges.	96 098	102 464	104 954	111 538	120 487
	<i>Veränderung gg. Vorjahr in %</i>				
Ausland	-	16,5	8,9	5,4	12,5
Inland	-	4,0	0,5	6,6	6,6
ABL	-	10,2	2,2	2,2	-
NBL	-	-2,2	-1,4	11,6	-
Insges.	-	6,6	2,4	6,3	8,0

^a Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB-Betriebspanel; Berechnungen des IWH.

Tabelle 11:
Überregionaler Umsatz nach ausgewählten Bereichen des Produzierenden Gewerbes der neuen Bundesländer 2000 und 2003^a

- Anteil der Regionen am Umsatz in % -

	Ausland		Alte Bundesländer	
	2000	2003	2000	2003
Ernährungsgewerbe	6,9	7,5	24,9	26,3
Verbrauchsgüter ^{b,c}	11,2	15,1	42,5	39,0
Vorleistungsgüter	20,4	28,1	42,4	39,1
Inv.-u. Gebr.-güter ^c	35,5	37,3	45,6	43,2
Verarbeitendes Gew.	21,2	24,5	39,1	39,1
Bauhauptgewerbe	1,5	2,9	11,2	14,6
Ausbaugewerbe	1,2	1,0	19,6	19,3
Baugewerbe	1,4	2,2	13,6	16,4

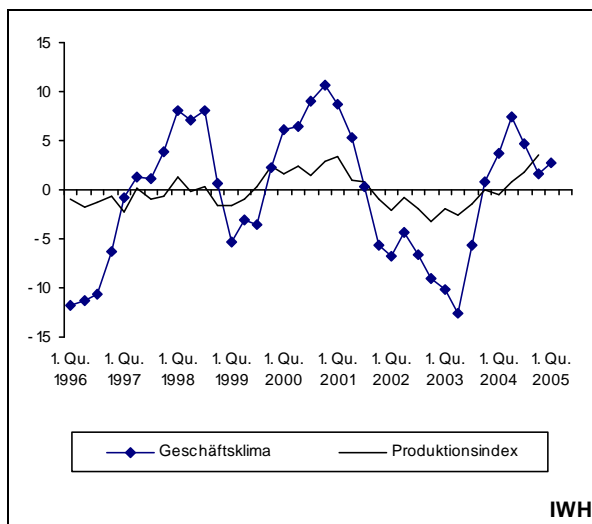
^a Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr. – ^b Ohne Ernährungsgewerbe. – ^c Verbrauchsgüter mit bzw. Investitions- und Gebrauchsgüter ohne Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräten, Spielwaren und anderen Erzeugnissen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB-Betriebspanel 2001 und 2004; Berechnungen des IWH.

Der Lohnkostenvorteil dürfte auch ein Grund dafür sein, dass das Verarbeitende Gewerbe zunehmend seine Absatzmärkte im früheren Bundesgebiet und im Ausland findet. Die Auswertung

der aktuellsten betrieblichen Datensätze zeigt, dass 2003 zwar die lokalen Märkte in Ostdeutschland wieder deutlich an Bedeutung für das hiesige Verarbeitende Gewerbe gewonnen hatten, insgesamt aber die alten Bundesländer nach wie vor den wichtigsten Absatzmarkt in Deutschland bilden. Während das Ernährungsgewerbe seinen Marktanteil in den alten Bundesländern ausbauen konnte, hat sich der Anteil des Absatzes der Hersteller von Investitions- und Gebrauchsgütern, von Verbrauchsgütern und von Vorleistungsgütern im früheren Bundesgebiet zugunsten der Auslandsaktivitäten jedoch verringert.

Abbildung 5:
Geschäftsklima und Produktionsindex^a im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



^a Das Geschäftsklima ist das geometrische Mittel aus Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese berechnen sich ihrerseits als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes verwendet, der vom Statistischen Bundesamt nur noch vierteljährlich veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Die Bewahrung und der Ausbau des Lohnkostenvorteils dürfte auch die Expansion der industriellen Produktion im weiteren Verlauf dieses Jahres und im kommenden Jahr befördern. Die allmähliche Ausdehnung der Wachstumsbasis der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in Deutschland auf die inländische Nachfrage dürfte gerade der ostdeutschen Industrie mit ihrer starken Binnenorientierung zugute kommen. So wird die Nachfrage nach neuen Ausrüstungsgütern im Sog der

Tabelle 12:
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten in ausgewählten Wirtschaftsbereichen^a

	2002	2003	2004	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			Niveau ^g ABL = 100
Verarbeitendes Gewerbe				
Bruttowertschöpfung ^b	4,3	5,9	8,8	9,4
Beschäftigung	-1,0	-1,0	-0,4	12,8
Produktivität ^c	5,3	7,1	9,2	73,4
Arbeitskosten ^d	1,9	1,1	1,8	66,6
Lohnstückkosten ^e	-3,2	-5,5	-6,8	90,8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr				
Bruttowertschöpfung ^b	5,8	1,6	1,5	12,6
Beschäftigung	-1,2	-1,2	1,1	16,7
Produktivität ^c	7,1	2,8	0,5	75,7
Arbeitskosten ^d	1,3	1,1	-1,3	77,2
Lohnstückkosten ^e	-5,5	-1,6	-1,7	102,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstler				
Bruttowertschöpfung ^b	0,6	0,2	1,4	10,1
Beschäftigung	1,3	1,8	3,0	14,2
Produktivität ^c	-0,7	-1,5	-1,6	70,7
Arbeitskosten ^d	2,0	1,3	-0,3	75,3
Lohnstückkosten ^e	2,8	2,9	1,3	106,5
Unternehmen insgesamt^f				
Bruttowertschöpfung ^b	1,2	1,1	2,8	11,5
Beschäftigung	-2,5	-1,4	0	16,5
Produktivität ^c	3,8	2,5	2,8	69,2
Arbeitskosten ^d	1,7	1,4	0,2	70,8
Lohnstückkosten ^e	-2,0	-1,0	-2,5	102,4

^a Neue Länder ohne Berlin, alte Länder mit Berlin. – ^b Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – ^c Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – ^d Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – ^e Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – ^f Ohne private Dienstleister. – ^g Niveauvergleich in jeweiligen Preisen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); Berechnungen des IWH.

etwas anziehenden Konjunktur zunehmen. Der Impuls kommt weitgehend aus dem Verarbeitenden Gewerbe selbst, das aufgrund der anhaltenden Absatzexpansion in den zurückliegenden Jahren und noch laufender Großprojekte etwas mehr als in den Vorjahren investieren wird. Davon werden die Hersteller von Maschinen und Anlagen profitieren. Hinzu kommen die umsatzstarken Produzenten von Vorleistungsgütern und das Ernäh-

rungsgewerbe. Auf die konjunkturelle Absorptionsfähigkeit des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes verweisen für 2005 auch die amtlich erhobenen Auftragseingänge und das Geschäftsklima der vom IWH regelmäßig befragten Industrieunternehmen. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wird sich in diesem Jahr um 6,4% und im nächsten um 7,5% erhöhen.

Bauproduktion bleibt abwärts gerichtet

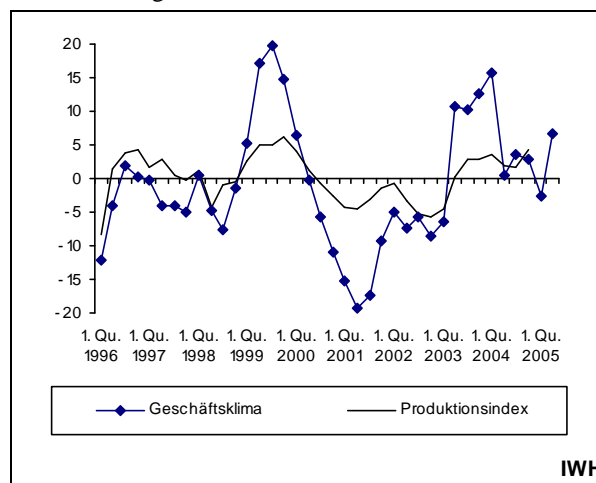
In der ostdeutschen Bauwirtschaft setzte sich 2004 die Anpassung an die sinkende Nachfrage fort. Trotz einiger Vorzieheffekte im Eigenheimbau und anhaltender Aktivitäten zur Beseitigung der Flutschäden aus dem Jahr 2002 ging die Baunachfrage mit 6% nochmals so stark zurück wie ein Jahr zuvor. Die Wertschöpfung des Baugewerbes verringerte sich allerdings mit 3,7% weniger deutlich. Den Verlust an Aufträgen im Osten kompensierten die hiesigen Bauunternehmen wohl teilweise durch die Ausdehnung ihrer Aktivitäten in den alten Bundesländern. Dies zeigen Umfrageergebnisse, aber auch die Lohnkostenvorteile im Ausbaugewerbe gegenüber den westdeutschen Konkurrenten deuten auf solche Gründe hin. Die Vorteile beim Lohn werden hier zwar durch höhere Vorleistungskosten geschmälert, sie sichern aber im Ausbaubereich immer noch positive Renditen.⁵

Die Talfahrt der Bauwirtschaft wird in diesem und im nächsten Jahr anhalten (vgl. Tabelle 13). Im *Wohnungsbau* ist zwar – wegen der mehrjährigen Gültigkeit der erteilten Baugenehmigungen zur Sicherung der Eigenheimzulage – noch mit dadurch angestoßenen Investitionsaktivitäten der privaten Haushalte zu rechnen. Diese laufen jedoch aus. Zudem werden sie von den rückläufigen Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand und der ungünstigen Entwicklung im Mehrfamilienhaussegment weiterhin stark überlagert. Maßgeblich dafür ist, dass trotz des eingeleiteten Rückbaus der Leerstand infolge schrumpfender Einwohnerzahlen und zunehmender Versorgung mit Wohneigentum hoch geblieben ist. Dämpfend auf die Wohnwertverbesserung

⁵ Vgl. LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Ostdeutsche Bauunternehmen im Schnitt mit schmalen Gewinnen, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 14/2004, S. 417-423.

wirken zudem die stagnierenden Haushaltseinkommen und die immer noch hohen Arbeitsplatzrisiken.

Abbildung 6:
Geschäftsklima und Produktionsindex^a im ostdeutschen Baugewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



^a Das Geschäftsklima ist das geometrische Mittel aus Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese berechnen sich ihrerseits als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex verwendet, der vom Statistischen Bundesamt nur noch vierteljährlich für das Bauhauptgewerbe veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Tabelle 13:
Entwicklung der Bauinvestitionen in Ostdeutschland^a

- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 1995 -

	2004	2005	2006
Bauinvestitionen insgesamt	-6,1	-4,0	-2,6
davon:			
Wohnbauten	-7,2	-5,0	-4,0
Nichtwohnbauten	-5,3	-3,3	-1,6

^a Ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Im *gewerblichen Bau* setzt sich der Abwärtstrend fort, aber nicht mehr so deutlich wie in den vergangenen Jahren. Die Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude deuten für die Zukunft auf noch anstehende Bauaktivitäten im Zusammenhang mit der Realisierung einzelner Großprojekte hin, wie zum Beispiel des Chipwerkes von AMD

in Dresden und des interkontinentalen Luftkreuzes von DHL in Leipzig. Diese Impulse verteilen sich aber auf den gesamten Prognosezeitraum bzw. werden sogar darüber hinaus reichen. Auch die im Export tätigen Industrieunternehmen werden mit dem weiteren Ausbau ihrer Marktanteile Planvorhaben nun in Angriff nehmen, die sie im Vorjahr anvisiert hatten, bisher aber nicht realisiert haben. Laut IWH-Umfrage betrifft dies eine ganze Reihe von Unternehmen vor allem aus dem Vorleistungs- aber auch aus dem Investitionsgütergewerbe. Ein Zuwachs an baulichen Maßnahmen in den bestehenden Unternehmen des Dienstleistungssektors wird vor dem Hintergrund nicht ausgelasteter Kapazitäten und nach wie vor geringer Eigenkapitalausstattung nur in Ausnahmen zu erwarten sein. Insbesondere dürften die ungünstigen Renditeaussichten bei Büroimmobilien infolge der dort zu beobachtenden hohen Angebotsüberhänge die Investitionsentwicklung weiterhin drücken.

Bei den *öffentlichen Bauinvestitionen* ist angesichts der immer noch angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte mit weiteren Rückgängen zu rechnen. Allerdings dürfte der aus Gesetzesänderungen resultierende Anstieg des Gewerbesteueraufkommens im vergangenen Jahr zumindest bei einem Teil der Kommunen zu verbesserten Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen geführt haben. Dadurch schwächt sich hier der Rückgang in den nächsten Jahren leicht ab.

Wegen der rückläufigen Nachfrage und Produktion sinkt die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im laufenden Jahr um 4,5% und im Jahr 2006 um 2,5%.

Dienstleistungen uneinheitlich

Während Unternehmensdienstleister und Anbieter in den Nachrichtensparten 2004 erneut Leistungszuwächse erzielten, war die Entwicklung im Handel rückläufig. Die Kaufkraftschwäche drückte besonders im Einzelhandel auf Umsätze und Wertschöpfung. Die Unternehmen minderten den Kostendruck, indem sie verstärkt auf die Anstellung geringfügig Beschäftigter zurückgriffen.

Trotz der schwachen Entwicklung der Wertschöpfung weist die Erwerbstätigenstatistik deutliche Zuwächse bei der Beschäftigtenzahl im nicht-staatlichen Dienstleistungssektor aus. Hier han-

delt es sich wohl vorrangig um geringfügig Beschäftigte. Die Nutzung dieser Angaben für die Berechnung von Kostenrelationen verzerrt die tatsächlichen Verhältnisse und den in der Tabelle 12 präsentierten Ost-West-Vergleich bei den Lohnstückkosten.

Dienstleistungen uneinheitlich

Während Unternehmensdienstleister und Anbieter in den Nachrichtensparten 2004 erneut Leistungszuwächse erzielten, war die Entwicklung im Handel rückläufig. Die Kaufkraftschwäche drückte besonders im Einzelhandel auf Umsätze und Wertschöpfung. Die Unternehmen minderten den Kostendruck, indem sie verstärkt auf die Anstellung geringfügig Beschäftigter zurückgriffen.

Trotz der schwachen Entwicklung der Wertschöpfung weist die Erwerbstätigenstatistik deutliche Zuwächse bei der Beschäftigtenzahl im nicht-staatlichen Dienstleistungssektor aus. Hier handelt es sich vorrangig um geringfügig Beschäftigte. Die Verwendung dieser Angaben für die Berechnung von Kostenrelationen verzerrt die tatsächlichen Verhältnisse und den in Tabelle 12 präsentierten Ost-West-Vergleich bei den Lohnstückkosten. Der Einsatz geringfügig Beschäftigter dürfte den Kostendruck in den Unternehmen eher gemildert und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert haben.

Die Nachfrageschwäche in Ostdeutschland wird im Prognosezeitraum nur allmählich überwunden, und die Anbieter von Dienstleistungen werden darauf angewiesen sein, neue Märkte zu entdecken. Der Abbau baunaher Dienstleistungsangebote wird sich fortsetzen. Nachholbedarf an Dienstleistungen in früher vernachlässigten Bereichen besteht kaum noch. Schließlich wirkt auch die Schrumpfung der Bevölkerung dämpfend.

Arbeitsmarkt

Noch keine Besserung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt

Die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2004 nicht gebessert. Zwar sank die Lohnkostenbelastung der Produktion, sodass von dieser Seite der Druck auf die Beschäftigung in den Unternehmen nicht zunahm. Die Zahl der Erwerbstätigen ging gegenüber dem Vorjahr nur leicht zurück. Hinter dieser Entwicklung verbergen

sich zwei gegenläufige und in ihrer Wirkung ambivalente Prozesse: Zum einen nahm die Zahl der ausschließlich geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und der staatlich subventionierten Ich-AGs kräftig zu (vgl. Tabelle 14). Hinzu kam, dass ab dem vierten Quartal im Vorgriff auf die Hartz IV-Reformen gemeinnützige – ebenfalls staatlich subventionierte – Arbeitsgelegenheiten („Zusatzjobs“) angeboten wurden. Zum anderen ging im gleichen Zeitraum die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 88 000 bzw. 2,1% zurück (Westdeutschland: -314 000 bzw. 1,4%). Im ersten Quartal dieses Jahres nahm deren Zahl gegenüber dem Vorjahresquartal nochmals um 64 000 Personen bzw. 1,6% ab.⁶ Damit setzt sich der Trend zur Substitution von Normalarbeitsverhältnissen durch atypische Beschäftigungsverhältnisse fort. Einher geht diese Tendenz mit einer – gemessen an der Veränderung der Erwerbstätigenzahl – unterproportionalen Entwicklung des Arbeitsvolumens. So ist bei einer leicht rückläufigen Erwerbstätigenzahl das geleistete Arbeitsvolumen deutlicher gesunken. Dies macht einmal mehr deutlich, dass die Aussagekraft der Kopfzahl für die Einschätzung der tatsächlichen Veränderung des Beschäftigungsstandes zunehmend begrenzt ist.

Tabelle 14:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland 2003 und 2004
- in 1 000 Personen -

	2003	2004	Zuwachs
SV-pflichtig Beschäftigte	4 168	4 080	-88
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	499	552	53
Selbständige einschl. mithelfende Familienangehörige	565	597	32
darunter: Ich-AG	11	40	29
Sonstige	454	454	0
Erwerbstätige	5 686	5 683	-3

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Berechnungen des IWH.

⁶ In den alten Bundesländern schwächte sich hingegen der Beschäftigungsabbau merklich ab. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ging dort im ersten Quartal „nur“ um 54 000 Personen bzw. 0,2% zurück.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging im Jahr 2004 um 15 000 gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Arbeitslosenquote sank damit von 18,8% im Jahr 2003 auf 18,6% im Jahr 2004. Einen wichtigen Einfluss auf den Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit hatte die deutliche Verringerung der Zahl der potenziell Arbeitssuchenden. Die Zahl der Erwerbsfähigen – das sind alle Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren – nahm im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um fast 80 000 Personen ab. Auch eine Statistikvereinbarung zu Beginn des Jahres 2004 führte zu einem deutlichen Absenken der Arbeitslosenzahl.⁷

Im Jahr 2004 wurden zur Minderung der registrierten Arbeitslosigkeit in großem Umfang arbeitsmarktpolitische Instrumente eingesetzt (vgl. Tabelle 15). Die traditionellen Instrumente wie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen sowie Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung wurden – wie bereits in den Vorjahren – zugunsten der direkten Eingliederungshilfen in den ersten Arbeitsmarkt zurückgeführt. Die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im ersten Arbeitsmarkt überstieg im Jahr 2003 um 104 000 Personen die Zahl der auf dem zweiten Arbeitsmarkt geförderten Personen. Mit Ausnahme der Ich-AGs war die Wirkung der neuen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik recht beschränkt.

Eine Prognose der Arbeitsmarktentwicklung ist aufgrund des Inkrafttretens des Vierten Gesetzes für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zu Beginn des Jahres 2005 besonders schwierig.⁸ Dies liegt zum einen daran, dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen durch die Meldepflicht der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger in den ersten Monaten dieses Jahres zugenommen hat. Unklar ist jedoch, wie sich beispielsweise im laufenden Jahr die registrierte Arbeitslosigkeit im Zuge

⁷ Seit Beginn des Jahres 2004 werden Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht als arbeitslos gezählt. Im Durchschnitt von 2004 wurden in Ostdeutschland 25 000 Personen in derartigen Maßnahmen gefördert. Diese rechtliche Neuregelung hatte zwar keinen Einfluss auf die Höhe der Unterbeschäftigung insgesamt, führt jedoch zu einer Verringerung der im Blickfeld der Öffentlichkeit stehenden Arbeitslosenzahlen.

⁸ Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.: Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: Wer ist erwerbstätig, wer ist unterbeschäftigt?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2005, S. 108-112.

der verstärkten Vermittlungsbemühungen zurück-bilden wird. Zum anderen wird die Entwicklung der Erwerbstätigkeit auch durch den verstärkten Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten – und hierbei insbesondere durch die Bereitstellung von „Zusatzjobs“ – beeinflusst. Über den Umfang der vorgesehenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Prognosezeitraum ist jedoch wenig bekannt.

Tabelle 15:

Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt Ostdeutschlands^a

- in 1 000 Personen -

	2003	2004	2005
Erster Arbeitsmarkt	163	170	170
Empfänger direkter Eingliederungshilfen ^b	146	121	122
Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Programmen	17	49	48
Personal-Service-Agenturen (PSA)	4	9	10
Ich-AGs	13	40	38
Zweiter Arbeitsmarkt	101	66	105
Arbeitsbeschaffungs- und traditionelle Struktur-anpassungsmaßnahmen	100	45	40
Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“	1	16	5
„Zusatzjobs“		5	60
Teilnehmer an Maßnahmen insgesamt	264	236	275
Nachrichtlich: Erwerbstätige (Inland)	5 683	5 710	5 740
Teilnehmerquote ^c (in %)	4,6	4,1	4,8

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Teilnehmer an Struktur-anpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschüssen für Ungelernte und von Arbeitslosigkeit Bedrohte, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bzw. JUMP+ sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt) – ^c Anteil der Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt an den Erwerbstätigen (Inland).

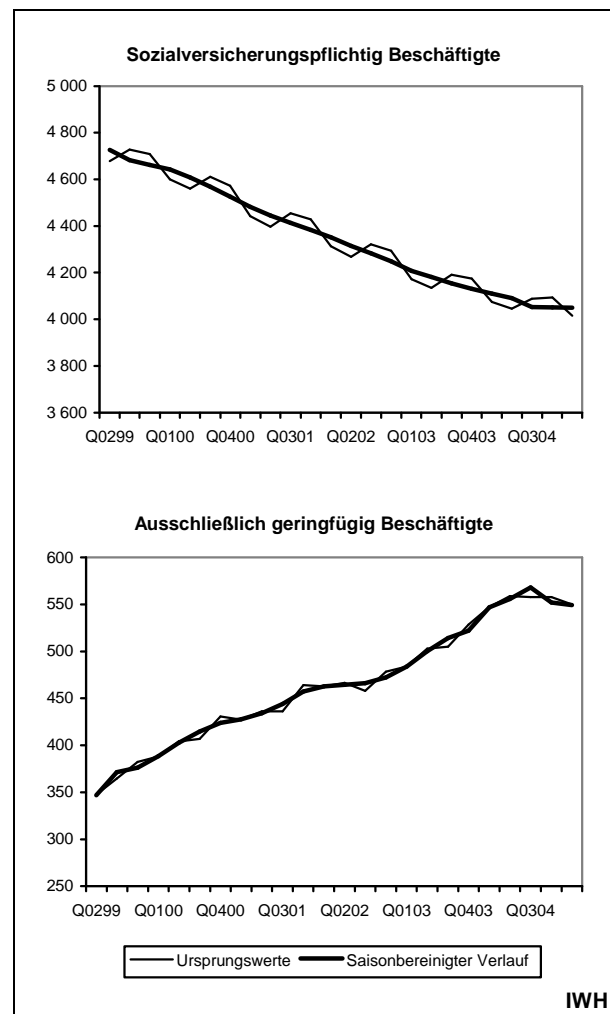
Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; 2005: Prognose des IWH.

Im Großen und Ganzen wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in diesem und im nächsten Jahr kaum ändern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird in

Abbildung 7:

Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Ostdeutschland^a

- in 1 000 Personen -



^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

diesem Jahr um ca. 30 000 zunehmen. Dies ist insbesondere auf die weitere Ausdehnung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und „Zusatzjobs“ zurückzuführen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird weiter – wenn auch etwas abgeschwächt – zurückgehen. Der Beschäftigungsaufbau konzentriert sich auf die Bereiche Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, da in diesen Bereichen der überwiegende Teil der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse besteht (vgl. Tabelle 16). Bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern wird die Beschäftigungsentwicklung insbesondere durch die

„Zusatzjobs“ geprägt. Im Jahr 2006 ist mit einem Beschäftigungszuwachs von etwa 30 000 Personen zu rechnen, der zu einem großen Teil aus der Ausweitung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse resultiert.

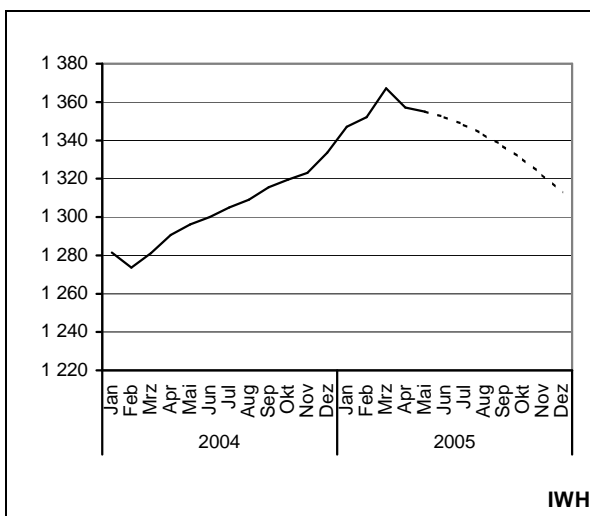
Tabelle 16:
Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland^a
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % -

	2003	2004	2005
Produzierendes Gewerbe	-3,0	-2,2	-0,7
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	-1,0	-0,4	0,9
Baugewerbe	-5,8	-4,6	-3,0
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-1,2	1,1	0,6
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	1,8	3,0	3,2
Öffentliche und private Dienstleister	-0,6	-0,2	0,4
Erwerbstätigkeit insgesamt ^b	-1,1	-0,1	0,5

^a Ohne Berlin. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen.

Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: Februar/März 2005); Berechnungen und Prognose des IWH.

Abbildung 8:
Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen 2004 und 2005 in Ostdeutschland^a
- in 1 000 Personen -



^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Durchschnitt des Jahres 2005 um ca. 30 000 Personen gegenüber dem Vorjahr zunehmen. Dies ist insbesondere auf die Anfang dieses Jahr eingeführte Meldepflicht für alle arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger zurückzuführen. Da in Ostdeutschland aufgrund der allgemein höheren Erwerbsneigung vergleichsweise weniger Sozialhilfeempfänger als erwerbsfähig gezählt wurden, fällt dieser Effekt jedoch geringer aus als in Westdeutschland. Im kommenden Jahr wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen um rund 70 000 Personen sinken. Dies ist auch durch den weiteren Rückgang des Arbeitsangebots bedingt.

Fazit

Regionale Leistungsbilanz weniger passiv, aber Investitionen rückläufig

Die in den vergangenen Jahren weiter gesunkenen Investitionsausgaben insgesamt und Konsumausgaben des Staates haben in den neuen Bundesländern dazu beigetragen, die Lücke zwischen Absorption und Produktion zu verringern. Der Importüberschuss bzw. das Defizit in dieser Art regionaler Leistungsbilanz betrug 2002, dem Jahr, für das der aktuellste vollständige amtliche Datensatz vorliegt, 30% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Diese Quote dürfte sich im vergangenen Jahr auf ein Viertel verringert haben (vgl. Tabelle A2). Einer schnelleren Aktivierung der Leistungsbilanz standen die nach wie vor zunehmenden Konsumausgaben der privaten Haushalte entgegen. Bei Abzug des Preisauftriebs waren allerdings auch sie rückläufig. Die Lücke zwischen Absorption und Produktion wird finanziell durch West-Ost-Transfers ausgefüllt. Sie stützen zudem etwa ein Zehntel der Produktion und Arbeitsplätze in Ostdeutschland.⁹

Sinkende Investitionen beeinträchtigen die Wachstumschancen der Region Ostdeutschland. Bei Unternehmensinvestitionen ist dies besonders schmerzhaft, weil der Rückgang vor allem die Anschaffung von Ausrüstungsgütern und sonstigen Anlagen betrifft. Sie unterschreitet das Pro-Kopf-

⁹ Vgl. LEHMANN, H.; LUDWIG, U.; RAGNITZ, J.: Originäre Wirtschaftskraft der neuen Länder noch schwächer als bislang angenommen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2005, S. 134 ff.

Niveau in den alten Bundesländern seit 1997, und dies bei schrumpfender Einwohnerzahl im Osten. Dagegen werden nach wie vor mehr Wirtschaftsbauten pro Einwohner errichtet als im Westen. Die Investitionsquote insgesamt hat sich weiter verringert und dürfte 2004 bei 23% gelegen haben.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist in Ostdeutschland in den vergangenen drei Jahren in etwa so schwach gestiegen wie im Westteil der Republik. Bei vergleichbarem Wachstumstempo entscheidet die Bevölkerungsentwicklung in den beiden Regionen über den Fortgang des Aufholprozesses. In den neuen Bundesländern ist die Einwohnerzahl auch 2004 infolge von Geburtenrückgang und Abwanderung gesunken, während sie in den alten Ländern geringfügig zugenommen hat. Der Abstand in der Pro-Kopf-Produktion, und das heißt in den vor Ort erwirtschafteten Primäreinkommen, hat sich damit wieder etwas verringert, und der Konvergenzprozess hat sich, folgt man den international üblichen Definitionen, im Bereich der Produktion fortgesetzt. Dies gilt auch bezogen auf die Produktivität. Angesichts der Trippelschritte beim Aufholen bleiben die Abstände aber beträchtlich, und die zeitliche Dauer bis zum Einholen erstreckt sich unter diesen Bedingungen rein rechnerisch über einige Jahrzehnte.

Tabelle 17:
Ausgewählte Indikatoren zum Aufholprozess in Ostdeutschland^a
- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen,
Westdeutschland = 100 -

	1995	2004	2005	2006
Bruttoinlandsprodukt	59,6	64,3	64,6	65,1
Verfügbare Einkommen	77,8	82,9	83,5	84,2
Privater Konsum	77,8	83,9	84,5	85,1
Ersparnis	70,4	65,2	66,1	67,2
<i>Nachrichtlich:</i> Produktivität Basis: Beschäftigte	65,0	72,3	72,5	72,7

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen und Prognose des IWH.

Ein hohes Maß an Angleichung ist dagegen bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und ihren Konsumausgaben erreicht. Hier

wirken sich zuallererst die West-Ost-Zahlungsströme in den sozialen Sicherungssystemen aus, insbesondere den Rentenkassen. Während die Erwerbseinkommen im Osten seit einigen Jahren bei 67% des Westniveaus stagnieren, liegen die Transfereinkommen bei 120%. Gerade sie werden konsum- und nicht investitionswirksam. Der Schein des übermäßigen Konsums im Osten hat damit auch strukturelle Ursachen. Eine Änderung an dieser Stelle setzt Eingriffe in die gesamtdeutschen Leistungsgesetze der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung voraus.

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland
Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)
Hans-Ulrich Brautzsch, Diemo Dietrich,
Ruth Grunert und Brigitte Loose

Tabelle A1:

Reale Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bruttowertschöpfung	<i>in Millionen Euro (Preise von 1995)</i>						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	5 231	5 582	5 286	5 505	5 285	5 093	5 563
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	34 016	35 251	38 408	38 532	40 226	42 399	45 552
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 264	1 243	1 089	735	884		
Verarbeitendes Gewerbe	26 914	27 822	31 250	31 582	32 925	34 880	37 945
Energie- und Wasserversorgung	5 839	6 186	6 069	6 214	6 418		
Baugewerbe	26 790	24 632	21 844	18 734	16 572	15 489	14 911
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	32 488	35 812	37 359	35 500	41 794	42 448	43 105
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	18 865	19 425	19 626	19 882	20 324		
Gastgewerbe	2 010	1 977	1 869	1 878	1 673		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11 614	14 411	15 864	17 740	19 797		
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	47 529	49 292	51 021	52 592	52 899	53 014	53 744
Kredit- und Versicherungsgewerbe	7 300	8 281	8 502	8 443	8 689		
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	40 230	41 011	42 519	44 149	44 209		
Öffentliche und private Dienstleister	55 042	56 192	56 757	56 085	55 996	55 237	54 647
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	17 593	17 516	17 809	17 513	17 199		
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; Sonstige öffentliche und private Dienstleister; Häusliche Dienste	37 449	38 677	38 948	38 571	38 796		
Bruttowertschöpfung insgesamt	201 097	206 761	210 675	210 948	212 773	213 681	217 521
Erwerbstätige	<i>in 1 000 Personen</i>						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	224,7	220,3	209,6	199,4	193,6	189,2	185,5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	967,0	947,2	952,8	958,2	947,9	937,4	931,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	21,8	18,8	15,7	15,4	15,4	14,7	
Verarbeitendes Gewerbe	879,4	866,1	877,8	885,9	877,0	867,9	864,3
Energie- und Wasserversorgung	65,8	62,3	59,3	56,9	55,5	54,8	
Baugewerbe	905,4	864,7	798,4	703,3	627,3	590,9	563,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 389,5	1 413,2	1 423,9	1 424,0	1 406,2	1 389,3	1 404,2
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	821,1	833,8	837,9	837,3	825,1	813,2	
Gastgewerbe	227,4	240,1	245,4	248,8	251,2	254,3	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	341,1	339,3	340,7	337,9	329,8	321,7	
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	648,8	684,6	706,8	724,6	734,1	747,2	770,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	121,9	122,1	122,6	121,3	120,4	119,2	
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	526,9	562,5	584,2	603,3	613,7	628,0	
Öffentliche und private Dienstleister	1 813,7	1 851,4	1 833,0	1 837,4	1 843,1	1 832,2	1 827,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	518,1	514,6	508,4	503,7	499,0	492,6	
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; Sonstige öffentliche und private Dienstleister; Häusliche Dienste	1 295,6	1 336,8	1 324,5	1 333,7	1 344,1	1 339,6	
Erwerbstätige insgesamt	5 949,1	5 981,3	5 924,5	5 846,9	5 752,3	5 686,2	5 682,6

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2005).

Tabelle A2:

Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (ohne Berlin) und ausgewählte Nachfragekomponenten 1991 bis 2004

	1991	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	<i>in Millionen Euro (jeweilige Preise)</i>								
Bruttoinlandsprodukt	104 555	214 031	217 711	224 549	226 897	229 986	234 641	237 995	242 719
Privater Konsum	100 467	155 666	159 832	166 953	171 915	175 176	175 932	177 030	178 920
Staatskonsum	39 727	63 824	64 229	65 389	65 600	66 387	67 251	66 611	65 242
Anlageinvestitionen	46 306	88 573	84 785	81 680	77 363	69 922	62 144	58 629	55 844
Inlandsverwendung ^a	186 500	308 062	308 846	314 022	314 878	311 485	305 327	302 270	300 006
Saldo ^b	-81 945	-94 031	-91 134	-89 474	-87 981	-81 499	-70 686	-64 275	-57 287
	<i>Anteile am BIP in %</i>								
Bruttoinlandsprodukt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Privater Konsum	96,1	72,7	73,4	74,4	75,8	76,2	75,0	74,4	73,7
Staatskonsum	38,0	29,8	29,5	29,1	28,9	28,9	28,7	28,0	26,9
Anlageinvestitionen	44,3	41,4	38,9	36,4	34,1	30,4	26,5	24,6	23,0
Inlandsverwendung ^a	178,4	143,9	141,9	139,8	138,8	135,4	130,1	127,0	123,6
	<i>in Millionen Euro (Preise von 1995)</i>								
Bruttoinlandsprodukt	143 107	210 697	211 631	217 111	219 946	219 244	220 700	221 067	224 386
Privater Konsum	131 546	148 876	150 942	157 810	160 254	160 701	160 211	159 540	158 700
Staatskonsum	51 325	63 721	64 175	64 127	63 811	63 470	63 057	62 050	61 294
Anlageinvestitionen	50 825	89 029	85 310	82 824	78 007	70 647	63 049	60 804	58 659
Inlandsverwendung ^a	233 696	301 626	300 427	304 761	302 072	294 828	286 317	282 394	278 653
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>								
Bruttoinlandsprodukt		1,6	0,4	2,6	1,3	-0,3	0,7	0,2	1,5
Privater Konsum		0,1	1,4	4,6	1,5	0,3	-0,3	-0,4	-0,5
Staatskonsum		-0,8	0,7	-0,1	-0,5	-0,5	-0,7	-1,6	-1,2
Anlageinvestitionen		-5,4	-4,2	-2,9	-5,6	-9,4	-10,8	-3,6	-3,5
Inlandsverwendung ^a		-1,8	-0,4	1,4	-0,9	-2,4	-2,9	-1,4	-1,3

^a Summe der ausgewiesenen Verwendungsaggregate: Privater Konsum, Staatskonsum und Anlageinvestitionen, d. h. Inlandsverwendung ohne Vorratsveränderungen. – ^b Saldo aus Inlandsverwendung (ohne Vorratsveränderungen) und Bruttoinlandsprodukt.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: Mai 2005); Schätzung der Nachfrageaggregate für 2003 bzw. 2004 durch das IWH.

Tabelle A3:
Warenexport der neuen Bundesländer nach Regionen

	2004		2002	2003	2004
	Mio. Euro	Anteil in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Ausfuhr insgesamt	37 642	100,0	1,5	14,2	10,2
Europa	24 634	65,4	3,5	15,1	12,1
darunter: Europäische Union (EU-15)	18 672	49,6	2,9	15,5	14,5
darunter:					
Frankreich	2 768	7,4	7,7	9,8	11,1
Italien	3 017	8,0	23,7	-4,4	16,7
Großbritannien	2 623	7,0	9,1	-7,2	7,3
Niederlande	2 013	5,3	5,7	-3,3	14,8
Österreich	1 770	4,7	8,5	9,5	16,2
darunter: Neue EU-Länder ^a	5 032	13,4	22,1	5,6	11,2
Estland	42	0,1	9,9	-6,3	31,7
Lettland	66	0,2	1,1	-2,0	21,0
Litauen	103	0,3	28,0	22,4	23,5
Polen	1 932	5,1	3,0	9,6	7,0
Tschechische Republik	1 592	4,2	34,1	-2,1	12,0
Slowakei	493	1,3	62,5	6,9	14,7
Ungarn	652	1,7	49,1	14,6	13,5
Slowenien	152	0,4	-3,4	3,7	13,6
Russland	892	2,4	21,7	4,0	6,8
Amerika	4 495	11,9	-2,8	6,1	-
darunter: USA	3 473	9,2	-4,1	9,5	-
Asien	4 736	12,6	-0,9	20,5	24,2
darunter: Südostasien ^b	1 497	4,0	9,7	42,0	18,2
Japan	523	1,4	-	-	20,4
China	923	2,5	-6,9	38,9	19,8
Übrige Länder	3 777	10,0	-1,2	14,3	15,9

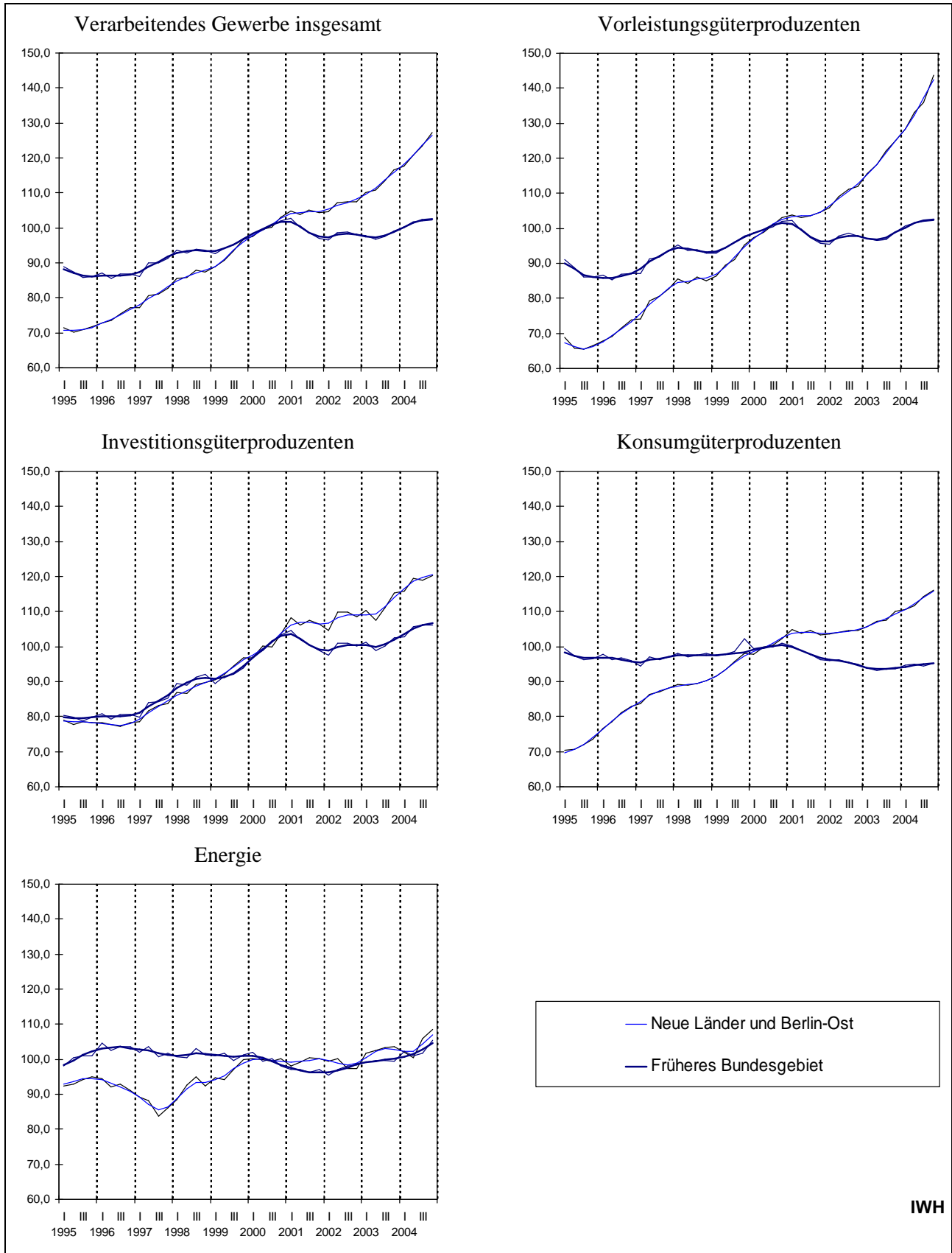
^a Ohne Malta und Zypern. – ^b Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand, Republik Korea.

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

Übersicht 1 (Industrie):

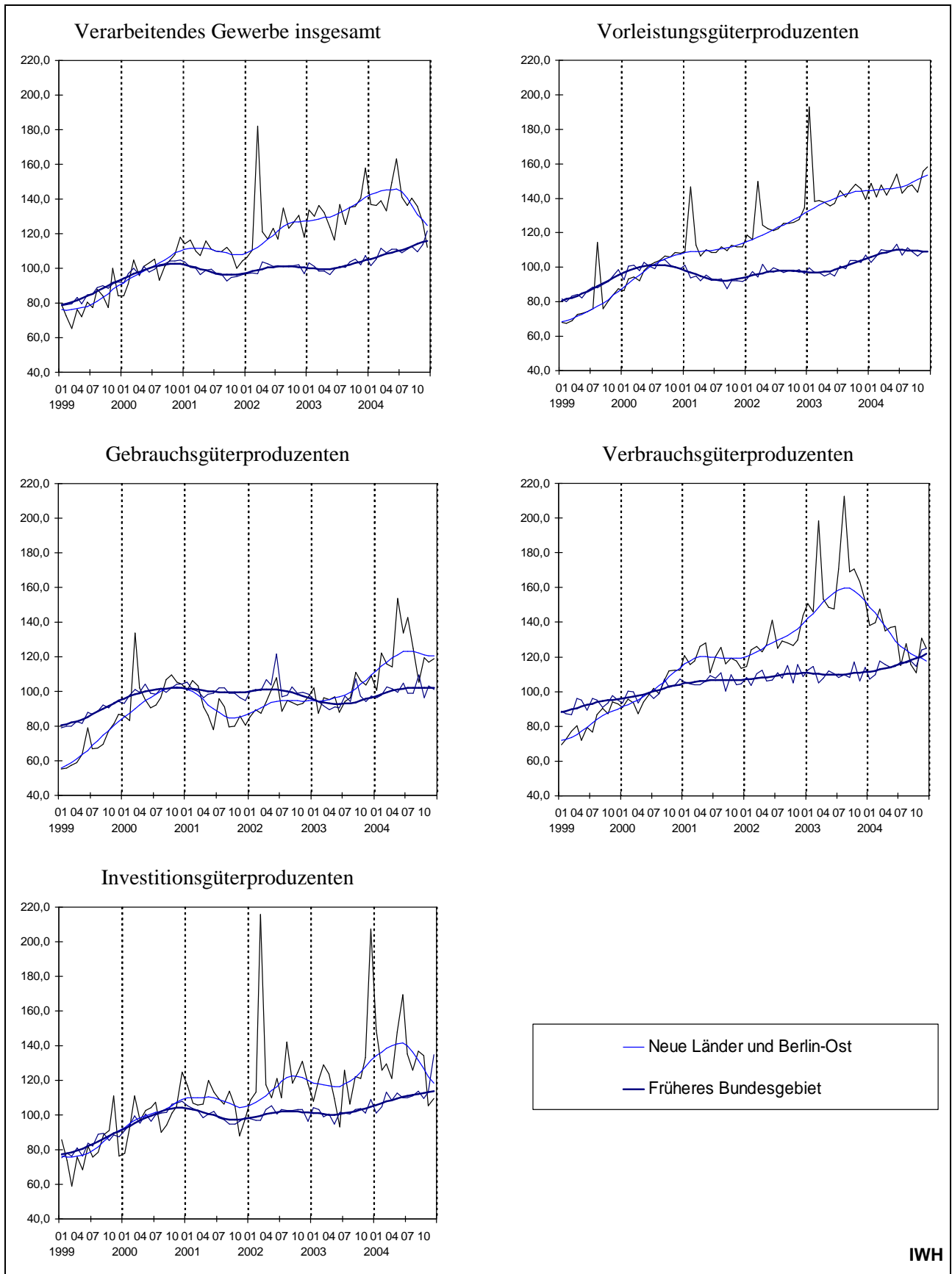
Produktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands

- 2000 = 100; kalender- und saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



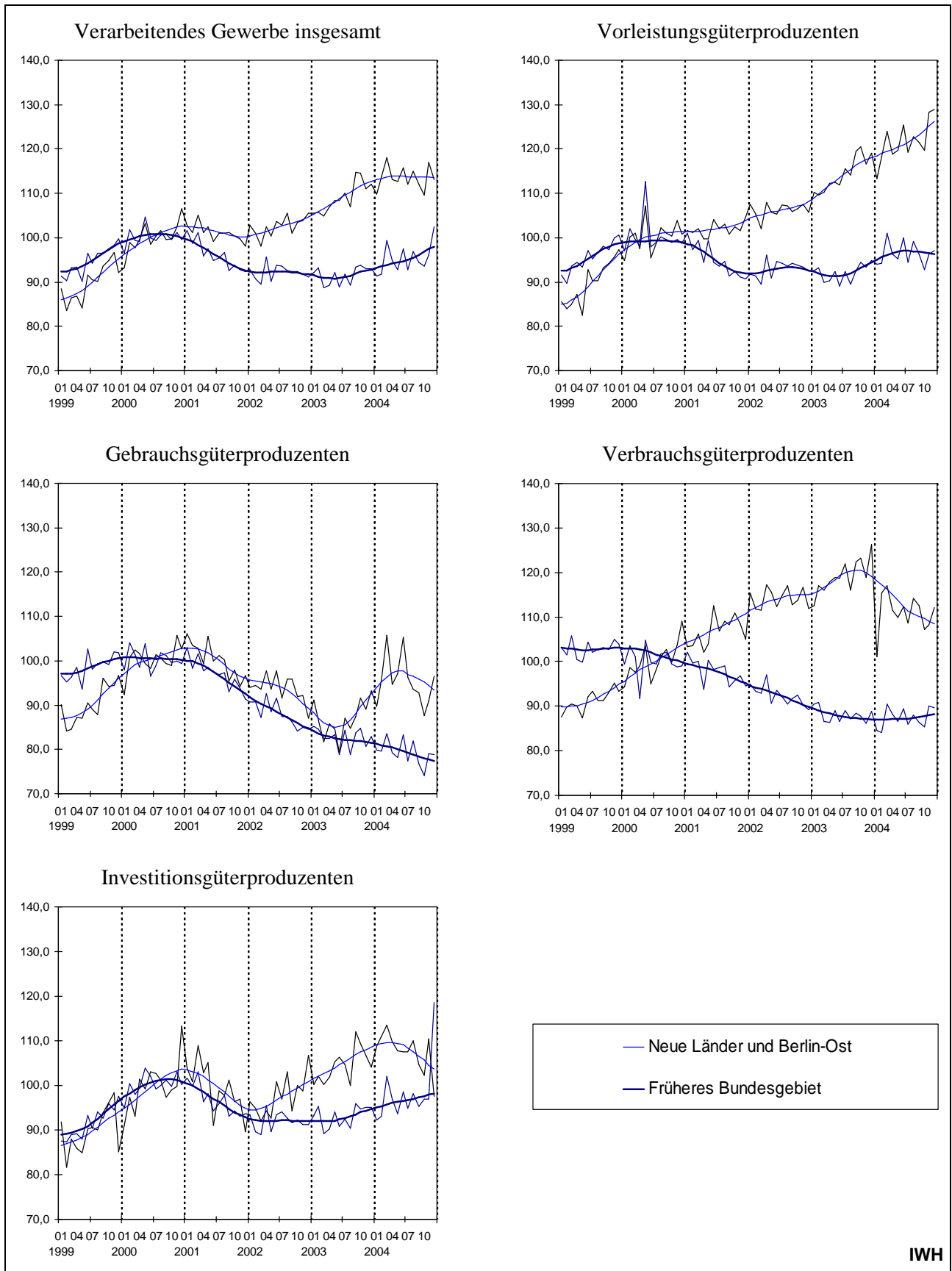
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Index des Auftragseingangs aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands
 - 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

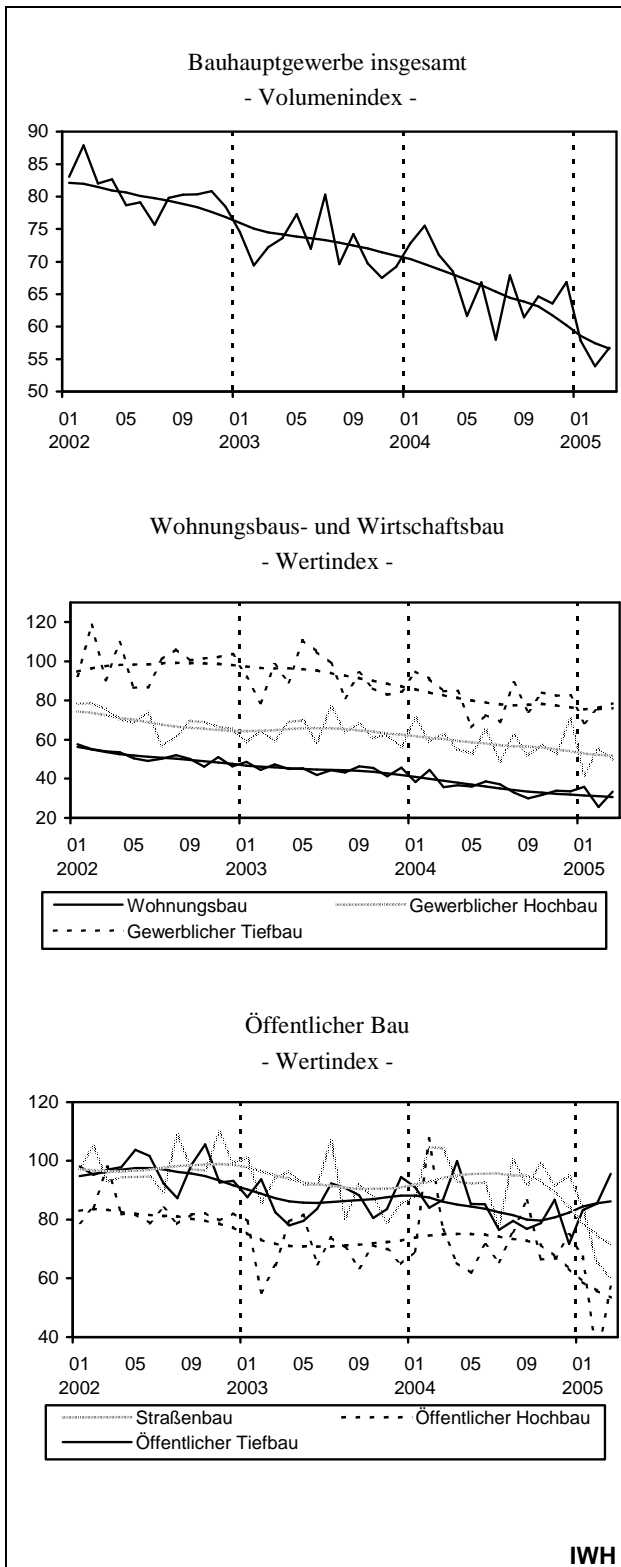
Index des Auftragseingangs aus dem Inland im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands
 - 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

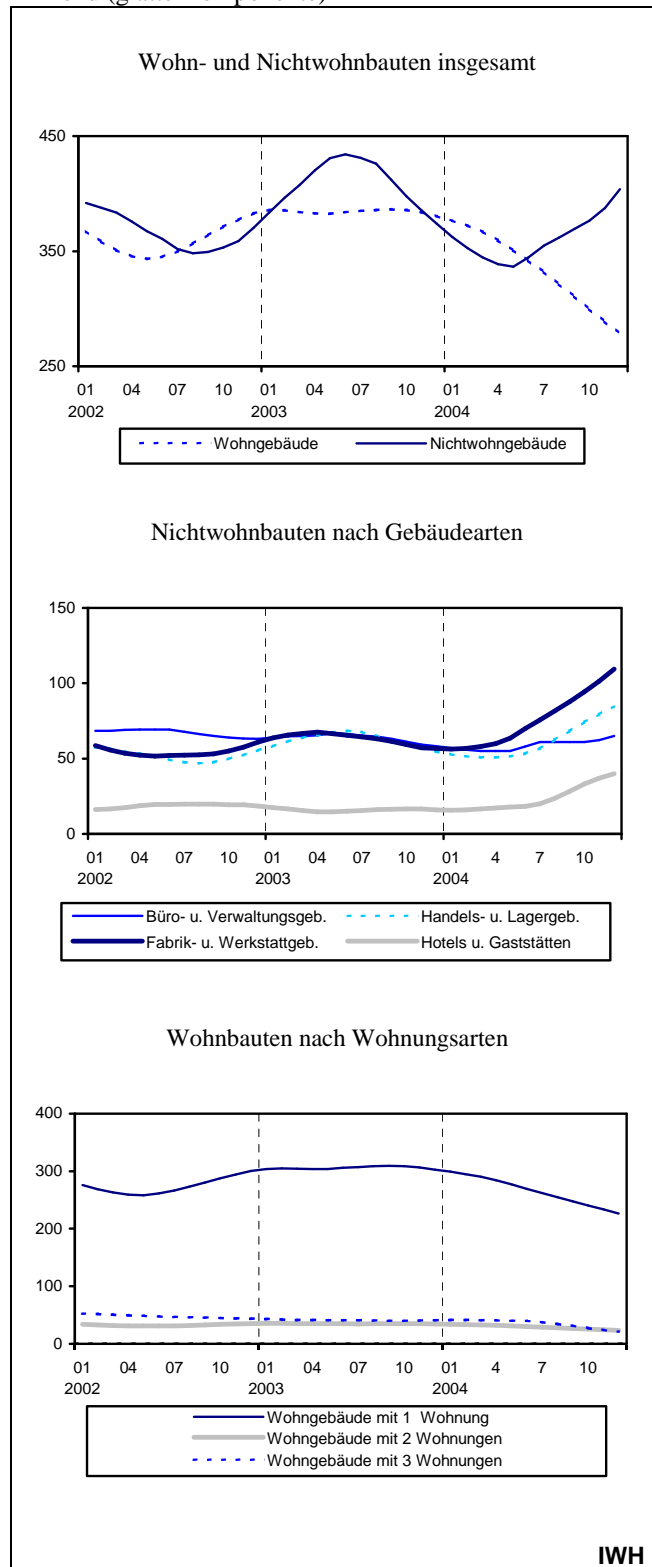
Übersicht 2 (Baugewerbe):

Index des Auftragseingangs im ostdeutschen Bauhauptgewerbe (bis März 2005)
 - 2000 = 100; Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Baugenehmigungen in Ostdeutschland (bis Dezember 2004)
 - Veranschlagte Kosten des Bauwerks in Mio. Euro;
 Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.